

Rüdiger Machetzki

## Chinas Jahrzehnt der Reformen: "Neue historische Etappe" - Abkehr vom Primat der Ideologie?

### 1. "Neue historische Etappe" und ihre Geschichte

Zu der Zeit, da die europäische Aufklärung in die Französische Revolution einmündete, ging im kaiserlichen China eine der großen Zeiten imperialen Friedens und allgemeinen Wohlstandes dem Ende entgegen. Die konfuzianische Staats- und Gesellschaftslehre - das geistig-ideologische Fundament der chinesischen Zivilisation - erklärte solche Erscheinungen des historischen Niedergangs mit Hilfe verschiedener kosmischer Kreislaufvorstellungen. Zahlreiche Dynastien waren gekommen und gegangen, das Prinzip des "geming" blieb wirksam, das "himmlische Mandat wechselte" auf einen neuen dynastischen Träger.

Wie schon in früheren Krisenzeiten wiesen auch diesmal einige weitsichtige konfuzianische Gelehrte auf die Gefahr eines "Mandatswechsels" hin. Sie verurteilten vor allem die aus ihrer Sicht verhängnisvolle Tendenz zum metaphysischen Denken bei großen Teilen der Staatselite. Mit dem Aufruf "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" (shishi qiu shi) hofften sie, ein neues wirklichkeitsgerechteres Bewußtsein zu wecken. Rund 200 Jahre später nahmen Deng Xiaoping und die ihm ergebenen Kräfte in der Kommunistischen Partei Chinas den Kampf wieder auf, um die ideologische Entstellung der Wirklichkeit zu überwinden und den Zwang zum umfassenden Wandel allgemein bewußt zu machen. Sie haben nicht vergessen, daß der heute gebräuchliche chinesische Ausdruck für "Revolution" (geming) nichts anderes als "Mandatswechsel" bedeutet.

Die kritischen Denker des 18. Jahrhunderts konnten nicht wissen, daß sie nicht nur die ersten Symptome eines

langsamen dynastischen Zerfalls erlebten, sondern den beginnenden Zusammenbruch der gesamten traditionellen Ordnung. Deng und seine Anhänger befanden sich in einer geschichtlich günstigeren Lage. Sie vermochten zu erkennen, daß eine neue Phase innerhalb des Jahrhundertprozesses der Modernisierung Chinas unvermeidlich geworden war. Sie verkündeten daher 1978/79 den Beginn einer "neuen historischen Etappe".

Blickt man heute zurück, erscheint dieser Anspruch nicht übertrieben. Wie auch immer man die Erfolgchancen der zukünftigen Entwicklung Chinas einschätzen mag, ein Zurück zu den Denk- und Verhaltensformen der 60er und 70er Jahre ist nicht möglich. Alle Alternativen haben sich im Bewußtsein der Bevölkerung und eines Großteils der politischen Elite selbst diskreditiert. Auch die orthodoxen Kräfte in der heutigen chinesischen Führung bezeichnen nur die Anfangsjahre bis 1956/57 als "gute Tradition".

Während der folgenden zwei Jahrzehnte, insbesondere während der kulturrevolutionären Phase, hatte sich China gleichsam seiner eigenen "Normalität" beraubt. Die Vorherrschaft utopischen Ideenguts hatte zur radikalen Kritik der Leistungen geführt, die zum Erhalt der Gesellschaft notwendig sind. Das "Chaoskonzept" (luanzi guan) - der ungezähmte Drang zur "Zerstörung des Alten" - führte letzten Endes zur Entfesselung nicht mehr kontrollierbarer Gewalt und zur allgemeinen Erniedrigung der Intellektuellen bzw. des Sachverständigen überhaupt. Die Zerstörung gelang, der verheißene Aufbau des Neuen nicht. Wie schon bei früheren historischen Utopieausbrüchen, in deren Reihe die Kulturrevolution nur den vorläufig letzten darstellt, kam es zur allmählichen "Selbstverelendung" der Massen und zu dem entsprechenden

Drang nach einer Restauration hierarchischer Herrschaft. Das nichtideologische Motiv, das die chinesische Gesellschaft naturwüchsig durchdringt, ist der Wunsch nach einer Rückkehr zu gesicherten Lebensformen. Gleichheit erscheint als zerstörerischer Wert, sie wird als "Egalitarismus" verurteilt. Sicherheit ist untrennbar mit einer hierarchischen Gestaltung aller Lebenssphären verbunden. In der Tradition kam dieser Grundgedanke im berühmten "Harmoniekonzept" (he) zum Ausdruck. Dieser Harmoniebegriff kann insofern zu Mißverständnissen führen, als er keineswegs die seelische Ausgeglichenheit aller Individuen zum höchsten Ziel erhob. Vielmehr sollte sich die Gesellschaft insgesamt aufgrund eines komplexen Geflechtes von Unter- und Überordnungsverhältnissen in einem Zustand des Gleichgewichtes halten. Es wäre also eher an eine musikalische Harmonie zu denken, deren Klangbild auf der festen Tonfolge der einzelnen Noten beruht; kurz gesagt, es geht um das Ganze, nicht um die Einzelnen. Nur das Ganze ist in der Lage, Widersprüche zwischen den Teilen zu dämpfen und Balancen zu wahren. Das gilt sowohl für den geistigen, als auch für den materiellen Bereich. Das Schriftzeichen "he" besteht aus zwei Teilen, die jeweils eine Getreidepflanze und einen Mund darstellen. Die grundlegendste Form der Harmonie und des Gleichgewichtes in einer zivilisierten Gesellschaft besteht also in einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Nahrung und Bevölkerung. Eine solche von politischen Willkürausbrüchen und materiellem Elend freie Ordnung konnte sich die konfuzianische Staats- und Gesellschaftstradition nur in hierarchisch gestuften Verhältnissen vorstellen. Die Aufrechterhaltung solcher Verhältnisse und die Wahrung angemessener Abstände von oben nach unten boten die grundlegende Voraussetzung für eine "sanfte Regierung". Dies war die politische Kernaussage in den "Unterweisungen der Sanften" (rujiao), wie die konfuzianischen Gelehrten selbst ihre Lehre nannten. Der Begriff "Konfuzianismus" existierte in der Tradition nicht. Das hierarchische Bewußtsein von der rechten Ordnung lebt als zumindest unterschwellig wirkendes Ideengut bis in die Gegenwart fort. Es ist Teil der sogenannten "stillen Dimension" der politischen Kultur Chinas und Widerschein vergangener Erfahrungen. Die gute Herrschaft garantiert vor allem die Freiheit vom Elend.

Im vierten vorchristlichen Jahrhundert hatte Mencius, einer der Gründungsphilosophen des Konfuzianismus, diesen Grundgedanken als erster deutlich formuliert:

"Wenn Nahrung und Kleidung ausreichend sind, dann werden die Menschen Ehre und Scham kennen ... So ist der Weg des Volkes. Wenn es ein gesichertes Auskommen hat, wird es eine dauerhafte Gesinnung zeigen. Wenn es kein gesichertes Auskommen hat, wird es sich der Haltlosigkeit, dem moralischen Niedergang, der Charakterlosigkeit und der wilden Zügellosigkeit hingeben." (Deng Wengong)

"Die kluge Herrschaft regelt also das Auskommen des Volkes, damit es für diejenigen, die über ihm stehen, sorgen kann und genug hat, um Eltern, Frauen und Kinder zu versorgen, damit es in guten Jahren immer zufriedengestellt ist und in schlechten Jahren der Gefahr des Elends entgeht. Erst dann kann man das Volk zu etwas anhalten, und es wird sich dem Guten zuwenden; denn unter solchen Umständen wird das Volk willig folgen." (Liang Huiwang)

Rund 2.300 Jahre später behauptete Chen Yun, neben Deng Xiaoping einer der großen Altführer Chinas:

"Sobald wir die Fragen hinsichtlich der Ernährung, Wohnung, Kleidung und der täglichen Notwendigkeiten gelöst haben, können die Menschen ein besseres Leben führen. Sie werden nicht nervös werden, und wir werden keine Schwierigkeiten bekommen, wenn wir sie mit genügend Nahrung versorgen und die Kontrolle über ihr Denken ein bißchen lockern, statt sie straff zu halten, wenn wir mehr geistige und sportliche Tätigkeiten zulassen, ihrer Arbeitsbelastung mehr Aufmerksamkeit schenken und ihnen genug Zeit zum Ausruhen geben ... Natürlich, wenn wir unseren Lebensstandard verbessern und unser Land aufbauen wollen, wenn wir die Produktion erhöhen und wirklich bemerkenswerte Leistungen vollbringen wollen, dann wird es nicht ausreichen, wenn wir nur leere Sprüche machen, große, aber unpraktische Projekte aufziehen oder irgendwelche Ziele aufstellen. Vielmehr sollten wir uns die Dinge

sowohl im Detail als auch mit Abstand ansehen und unsere Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit für die Gegenwart ziehen und sie dann Schritt für Schritt durchführen."<sup>1</sup>

Es versteht sich von selbst, wenn mit dem neuen politischen Handlungsbewußtsein der heutigen chinesischen Führung eine entsprechende Umwertung der Leitideologie, insbesondere der Normen für gute Herrschaft, einhergeht. Das Stichwort in diesem Zusammenhang heißt "Anfangsstadium des Sozialismus". Dem Außenstehenden mag die Neuetikettierung verwunderlich erscheinen, zumal das "Anfangsstadium" für den geschichtlich nahezu endlosen Zeitraum von 100 Jahren andauern soll. Ferner hatte die Partei bereits Mitte der 50er Jahre offiziell das Stadium des Sozialismus erreicht, und 1958 während des Großen Sprungs war verkündet worden, daß selbst Greise noch die Ankunft des Kommunismus erleben würden. In der Tat wurde die neue Weltsicht auch innerhalb Chinas von vielen mit einer gewissen Reserve aufgenommen. So heißt es u.a. dazu:

"Als das Konzept, daß das Anfangsstadium des Sozialismus mindestens 100 Jahre andauern würde, erstmals eingeführt wurde, meinten einige Genossen: Wäre es nicht besser, diese Theorie nicht zu verkünden? Ist es nicht möglich, daß einige Genossen den Gedanken, daß dieses Stadium mehr als 100 Jahre andauern wird, als bedrückend empfinden? Das Anfangsstadium des Sozialismus ermöglicht die Existenz verschiedener Arten von wirtschaftlichen Elementen. Man geht sogar so weit, eine private Wirtschaft mit Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zuzulassen und sie noch auszudehnen. Heißt das nicht, offen den Kapitalismus zu praktizieren? Es gibt einige Leute, die behaupten, daß die Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus in Wirklichkeit die Theorie einer gemischten Wirtschaft sei, teilweise sozialistisch und teilweise kapitalistisch. Während des Anfangsstadiums des Sozialismus ist es notwendig, auf eine ganze Reihe kapitalistischer Praktiken zurückzugreifen. In der Tat ist alles auf dieser Welt eine Mischung von Gut und Schlecht. Nichts vollständig Perfektes existiert. Was wir zu tun haben, ist jede Sache im einzelnen zu betrachten und zu

entscheiden, ob sie überwiegend nützlich oder überwiegend nachteilig ist ... Wenn die Dinge in dieser Weise fortlaufen, besteht da nicht die Wahrscheinlichkeit, daß die Menschen das leere Gefühl haben werden, es habe keinen Zweck, auf den Aufstieg aus dem Anfangsstadium des Sozialismus zu hoffen und daher habe es auch keinen Zweck, irgendwelche Ideale zu hegen. Da die Menschen für lange Zeit dem ideologischen Einfluß der Linken ausgesetzt waren, ist es nicht außergewöhnlich, wenn sie solche Vorstellungen hegen."<sup>2</sup>

Hier wird ein weiterer Grundzug der politischen Kultur Chinas sichtbar, indem sich Gegenwart und Vergangenheit verbinden. Zum einen besteht das Bedürfnis, Wirklichkeit und Ideologie in Übereinstimmung zu bringen. Eine der immer wiederkehrenden Forderungen der chinesischen Geisteselite seit 2000 Jahren war: Politik und Lehre sind eins (zhengjiao heyi). Zum anderen wird dennoch erwartet, daß die Windungen und Brüche in der offiziellen Lehre Handeln und Denken der Bevölkerung nicht wesentlich beeinträchtigen. Als glättendes Element wirkt offensichtlich das tiefe Bedürfnis zur Dämpfung von Widersprüchen und das traditionelle Bemühen, sie in der Schwebe zu lassen. Die Fähigkeit der chinesischen Gesellschaft, mit Widersprüchen zu leben und sie als Normalität anzusehen, ist ungleich größer als in westlichen Gesellschaften. Diese Fähigkeit und die auf ihr beruhende Form der Herrschaft scheinen angesichts der großen Konfliktpotentiale der chinesischen Gesamtgesellschaft existenzertreuend zu wirken.

Dieser für die Beurteilung Chinas und seiner Entwicklungsmöglichkeiten wichtige Sachverhalt kommt in den folgenden Aussagen deutlich zur Geltung:

"Wir müssen nach einer kulturellen Erklärung suchen, weshalb der chinesische Pragmatismus andere politische Kulturen in der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, in der Leichtigkeit, mit der die Führer die Politik ändern können und in dem Gleichmut der Öffentlichkeit, die Wendungen und Neubeginne zu akzeptieren, übertrifft. Der offensichtliche Ausgangspunkt beim Nachdenken über

diesen Zug des chinesischen Pragmatismus liegt in der weitverbreiteten Ansicht (nahezu ein Stereotyp), daß die Chinesen ausgesprochene Realisten sind, die ein starkes Bewußtsein für das Hier und Jetzt haben und die ihr Verhalten schnell anpassen können, um die Logik jeder Situation, in der sie sich gerade befinden, nutzen zu können ... Die Forderungen des Realismus tragen dazu bei, Erwartungen der Konformität zu schaffen und damit die Führung durch die Autoritäten zu verstärken. In der Tat wäre es ziemlich falsch anzunehmen, daß die Wurzeln der Konformität hauptsächlich in der Furcht vor Staats- und Parteisanktionen liegen und die Rolle des sozialen und Peer Group-Zwanges zu übersehen ... Wenn sich die Bedingungen ändern, ist es nur natürlich, daß sich das Betragen und die Haltung der Menschen ebenfalls ändert. Die übliche Erklärung für diese Anpassungsfähigkeit liegt darin, daß die kulturellen Normen Chinas im hohen Maße zum Praktikalismus tendieren, und deshalb lernen die Menschen bereits früh, daß bei verschiedenen Beziehungen und unter verschiedenen Umständen das Verhalten sich ebenfalls ändern sollte. Die chinesische Kultur umgeht damit im hohen Maße die Spannungen, die psychologisch zersetzend wirken können und die in Kulturen mit universalistischen Normen weitverbreitet sind, in denen das Verhalten in verschiedenen Situationen darauf ausgerichtet erscheinen muß, mit absoluten Prinzipien übereinzustimmen.<sup>3</sup>

Die Abkehr von der Tyrannei des Ideologischen über alle Bereiche des Lebens ist einer der beiden Gründe, die es berechtigt erscheinen lassen, die letzten zehn Jahre der chinesischen Entwicklung als Beginn eines neuen geschichtlichen Zeitabschnittes zu bewerten. Der wachsende Problemdruck der Wirklichkeit leitete einen Prozeß des politischen Umdenkens ein. Die Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus stellt einen "Kompromiß" dar, mit dem sich die Partei- und Staatsführung abzufinden scheint. Die überkommenen Werte-, Normen- und Institutionengebäude konnten in den letzten vier Jahrzehnten zwar modifiziert, aber nicht grundsätzlich "zerstört" werden. Die neuen, ideologisch bedingten Ideale haben in der Praxis des Landes nur insoweit Geltung ge-

funden, als sie sich in den allgemeinen gesellschaftlichen Konsens einbetten ließen. Ansonsten beginnt ihre Bedeutung für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu verblassen. Man kann vom Entstehen einer Art "praktischer Ideologie" sprechen. Ansätze spiegeln sich in den gegenwärtigen Forderungen nach dem Aufbau einer "geistigen sozialistischen Zivilisation" wider. Diese geistige Zivilisation soll der "materiellen Zivilisation geistige Antriebskraft und Stütze" sein. In ihr sollen "alle positiven Ideen und Verhaltensweisen", die "die Vier Modernisierungen, den nationalen Aufschwung, die Wiedervereinigung des Vaterlandes, die Einheit der Nation, den Fortschritt der Gesellschaft und den Wohlstand des Volkes fördern", verwirklicht werden. Ferner soll es zu einer "Entfaltung der eigenen guten Traditionen bei gleichzeitiger Übernahme von kulturellen Errungenschaften des Westens und Entwicklung einer sozialistischen Kultur chinesischer Prägung" kommen.<sup>4</sup>

Der zweite Grund, der es berechtigt erscheinen läßt, von einem neuen Zeitabschnitt im langfristigen Modernisierungsprozeß des Landes zu sprechen, liegt schlichtweg in der Bilanz der vollbrachten Leistungen. Das Jahrzehnt seit Beginn des Reformkurses ist - man muß es betonen - das erfolgreichste seit dem historischen Niedergang der traditionellen Ordnung, und erstmals seit Gründung der Volksrepublik behielt eine in sich leidlich widerspruchsfreie Entwicklungslinie im großen und ganzen ihre Gültigkeit. Zwar gab es ein nicht unerhebliches Maß an politischer Obstruktion aus verschiedenen Richtungen, aber eine wirkungsvoll geschlossene Opposition konnte sich nicht herausbilden. Zwar kann man immer noch nicht von einem echten nationalen Entwicklungskonsens sprechen, aber die Zeit diametral gegenläufiger Kampfprogramme scheint der Vergangenheit anzugehören. Zwar lassen sich immer noch unterschiedliche Auffassungen über Ausmaß und Geschwindigkeit des anzustrebenden Ordnungswandels erkennen, aber im Gegensatz zu den 60er und 70er Jahren gleicht die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik Chinas nicht mehr - wie der Volksmund sagt - dem Mond, der zu Beginn und zur Mitte des Monats jeweils eine völlig andere Position am Firmament einnimmt. Der Entwicklungsverlauf blieb

in sich verhältnismäßig geschlossen und von absoluten Rückschlägen frei. Er wurde von einem Wachstum getragen, das im Ergebnis über eine Verdoppelung der Pro-Kopf-Leistungen in allen wichtigen Bereichen hinausging. Eine ernst zu nehmende Ausnahme bildete lediglich die Nahrungsmittelherzeugung, die während der letzten Jahre erneut zur Sorge Anlaß bot. Dennoch, die wirtschaftlichen Leistungsverbesserungen führten zu einem deutlichen Abbau der Armut. Die Zahl der Menschen, die mehr oder weniger dauerhaft unter dem offiziellen Bedarfsminimum leben, reduzierte sich von rd. 200 Mio. auf ca. 60 Mio., unter ihnen annähernd 15 Mio. Stadtbewohner. Insgesamt ist die Grundbedarfsversorgung der chinesischen Bevölkerung gegenwärtig deutlich besser als in anderen Ländern mit vergleichbarem wirtschaftlichen Leistungsniveau. Sie entspricht in etwa dem Stand von Entwicklungsgesellschaften mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rd. 1.000 US\$.

## 2.

**"Sprung nach Westen" oder "Nach dem Machbaren vorgehen?"**

Die Erfolgsbilanz ist beachtlich. Dennoch hat die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft, insbesondere unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten, einen "kritischen historischen Punkt" erreicht. Das offizielle Wortritual fordert zur "Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung" auf. Aber die zentrale Führungsebene stößt auf den anhaltenden Widerstand erheblicher Teile der eigenen Kaderschaft, deren Grundhaltung als "nicht durchlassen, nicht verstehen, nicht beachten" (bu tong, bu dong, bu guan) charakterisiert wird. Sie tragen nicht zur Lösung der Reformproblematik bei, sie sind selbst das Problem. Ihnen wird vorgeworfen, letzten Endes immer noch eine Politik zu befürworten, "die den Lebensstandard des Volkes senkt und bei der die alte Melodie von der 'ruhmreichen Armut' und 'je ärmer, desto revolutionärer' gesungen wird. Genosse Deng Xiaoping hat wiederholt darauf hingewiesen: Armut ist nicht Sozialismus. Unser Ziel ist es, mit der Durchführung der Reform und des Aufbaus das Etikett der Armut abzuwerfen."<sup>5</sup>

Die untere und mittlere Kaderschaft ist für den Entwicklungsdurchbruch des Landes von entscheidender Bedeutung, wie auch offiziell anerkannt wird. Es geht nicht in erster Linie darum, "ob die zentralen Behörden oder die Massen das notwendige Vertrauen haben, sondern es geht darum, ob die Kader aller Ebenen dieses Vertrauen haben oder nicht".<sup>6</sup> Die Durchsetzungsfähigkeit der zentralen Reformvorstellungen ist keineswegs gesichert. Vielmehr mußte man auf nationaler Ebene eingestehen:

"Wir sehen uns in der neuen Situation drei Möglichkeiten gegenüber. Erstens, wenn wir die Reform unterbrechen, werden wir uns in einer Lage befinden, in der die Reform nur mit Verzögerungen voranschreitet. Diese Wahl dürfen wir natürlich nicht treffen. Zweitens, wir gehen zurück: Dieser Weg ist von einigen Ländern eingeschlagen worden. Wenn wir zurückgehen und mehrere Jahre warten, bevor wir mit der Reform wieder einsetzen, werden wir einen höheren Preis zahlen müssen. Wir dürfen diesen Weg unter keinen Umständen einschlagen. Es ist nicht möglich, auf diesem Weg voranzukommen. Drittens, während wir das wirtschaftliche Umfeld verbessern und die wirtschaftliche Ordnung ausrichten, müssen wir die Reformen umfassend vertiefen und auf dem Weg voranschreiten, ein neues Modell der sozialistischen Warenwirtschaft aufzubauen. Dies ist die einzig richtige Wahl für uns. Alle Genossen der Partei sollten einen nüchternen Verstand haben, wenn sie an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte angekommen sind. Sie müssen sich darum bemühen, ihre ideologischen Begrenztheiten unermüdlich auszuräumen."<sup>7</sup>

In der Tat ist eine "geistige Reform" der Kaderschaft dringender denn je. Nach wie vor läßt sich eine ausgeprägte Tendenz erkennen, organisationspolitisch bedingte Schwächen der Wirtschaft durch überhöhte Investitionstätigkeit auszugleichen, statt sich der Problematik direkt zu stellen. Diese Tatsache läßt sich an einer Reihe statistischer Daten ablesen, die in der einen oder anderen Form die Intensität des Wirtschaftens widerspiegeln. Nach internationalen Kriterien dürfte das "reale Wachstum" der chinesischen Gesamtwirtschaft, um rund zwei Prozentpunkte niedriger liegen als aus den

chinesischen Angaben hervorgeht. Die Industriewirtschaft des Landes leidet unter permanenten Disproportionen. Die Diskussion um den "Verlust des Gleichgewichts" (bili shitiao) verstummte während des letzten Jahrzehnts nur selten. Man ist dem angestrebten Ziel eines "beweglichen ökonomischen Gleichgewichtes" kaum näher gekommen. Jahr für Jahr erfolgt die gleiche kritische Bestandsaufnahme, nach der sich "das Verhältnis zwischen Produktion und Nachfrage eindeutig im Ungleichgewicht befindet", eine "unzureichende Versorgung mit Materialien" vorherrscht, die "Anpassungen in der Produktionsstruktur nicht mit den Veränderungen in der Nachfragestruktur schritthalten" und "der Widerspruch in Angebot und Nachfrage zu einem Anstieg der Warenpreise führt". Ferner wird regelmäßig der "Energiemangel, eine ständige Überlastung des Transportsektors, Mangel an Roh- und Halbmaterialien und ein Ungleichgewicht in den Devisenbeständen" beklagt. Jahr für Jahr ist die chinesische Industrie unter der staatlichen Vorgabe angetreten, ihr Niveau zu erhöhen. Jahr für Jahr hat sie ihre mangelnde Effizienz demonstriert. Der Anstau nicht absorbierbarer und nicht absetzbarer Lagerbestände konnte nur unwesentlich verringert werden, ein Phänomen, das chinesische Kritiker anschaulich als hohen "Wassergehalt" (shuifen) bezeichnen. Dieser Wassergehalt ist nichts anderes als Scheinwachstum. Die Differenz drückt sich u.a. in den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsgrößen des sogenannten gesellschaftlichen Gesamtproduktes (brutto) und des Nationalinkommens (netto) aus. Sie stellt ein langfristiges Charakteristikum der chinesischen Entwicklung dar. Bis Mitte der 80er Jahre schien sich eine Abnahme des Scheinwachstums anzubahnen, in der Zwischenzeit jedoch läßt sich eine erneute Öffnung der Schere registrieren. D.h., das Hauptziel der Wirtschaftsreform - Übergang vom extensiv geprägten zum intensiven Wachstum - wurde bisher nicht erreicht, und der für den langfristigen Erfolg der Wirtschaftsreform entscheidende Durchbruch ist (noch) nicht erzielt worden. Darauf deuten auch andere Negativtendenzen hin. Die "Gesamtfaktorproduktivität" (Arbeit und Kapital) ist nicht nur nicht gestiegen, sondern leicht gesunken. Zum einen wird dies auf eine dauerhafte Tendenz der "hohen Investitionen und geringen

Erträge" zurückgeführt. Die Anlageinvestitionen je Beschäftigten der chinesischen Industrie liegen rund viermal so hoch wie bei anderen Ländern mit vergleichbarem Standard. Zum anderen steigt die Arbeitsproduktivität statistisch nur langsam an und dürfte faktisch sogar stagnieren. Sie liegt z.Z. nur bei rd. einem Zehntel der industriellen Spitzenwirtschaften.<sup>8</sup>

Um es zu wiederholen, die grundlegenden Wirtschaftsprobleme sind nur zu einem geringen Teil auf die Überalterung des industriellen Kapitalbestandes zurückzuführen. Während der letzten zehn Jahre entsprach der Gesamtumfang der Anlageinvestitionen in etwa dem der dreißig Jahre zuvor. Die Ursachen liegen überwiegend im politisch-organisatorischen Bereich. Um einen astronomischen Begriff bildlich zu verwenden, in Chinas Wirtschaft gibt es zu viele schwarze Löcher, in denen menschliche Energie und Materialien verschwinden, ohne jemals wieder aufzutauchen. Anders gesagt, es fehlt der chinesischen Wirtschaftsverwaltung und der Leitung der Betriebe immer noch an der Fähigkeit, die Basis der eigenen Staatswirtschaft den Reformzielen gemäß zu sichern. Es herrscht Wachstum mit relativ geringen Entwicklungseffekten.

Hochwachstum in China ist also nicht ohne weiteres Ausdruck großen Erfolges, insbesondere dann nicht, wenn es deutlich von den vorgegebenen Plangrößen abweicht. Die Übererfüllung von Plänen kann mittel- und langfristig ebenso nachteilig sein wie eine Abweichung nach unten. Die Tendenz zur Maximierung, d.h. zum Höchstwachstum einiger Präferenzbereiche geht zwangsläufig zu Lasten des Restes der Wirtschaft. Die Kritik an mangelnder wirtschaftspolitischer Disziplin stellt daher ein Dauerthema der chinesischen Medien seit Beginn der Reformen dar. Sie wird insbesondere von einer kritischen Schule geäußert, die nachhaltige Zweifel am reformerischen "Wachstumsfetischismus" geäußert hat. Diese Schule ist mit dem Namen Chen Yuns verbunden. Im Bereich der aktiven Politik dürfte der neue Ministerpräsident Li Peng am ehesten als derjenige gelten, der die Grundvorstellungen dieser Denkrichtung repräsentiert. Der Ausgangspunkt der Kritik liegt, wie bereits erwähnt, in der erheblichen strukturellen Verzerrtheit der chinesischen Volkswirtschaft. Sie mache eine

Strategie des sogenannten "passiven Gleichgewichts" notwendig, d.h. eine Entwicklungsordnung, die bei den schwachen Branchen ansetzt und das Gesamtwachstum nach deren Möglichkeiten ausrichtet. Jeder andere Ansatz müsse zwangsläufig zu einem negativen Gesamteffekt für die Volkswirtschaft (Zunahme des "Wassergehaltes") führen. Diese kritische Schule gilt nach Ansicht vieler westlicher Beobachter als Hort und Bollwerk der sogenannten orthodoxen Planbürokratie, also als Gegner der gegenwärtigen Reformpolitik. Über eine solche Einstufung ließe sich streiten, man müßte sich mit den Grundthesen im einzelnen auseinandersetzen. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, daß nach Ansicht dieser Kritiker die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik des Landes von der "grundlegenden Verfaßtheit des Landes" (jiben guoqing) ausgehen müsse. Der nationale Wirtschaftsaufbau sei unbedingt "nach dem Machbaren durchzuführen" (liang li erh xing). Er müsse auf die Leistungskraft des Landes abgestimmt werden.

"Wenn das Maß des Aufbaus die finanziellen und materiellen Kräfte des Landes übersteigt, dann ist das blinder Fortschritt, und es entsteht daraus ein wirtschaftliches Chaos. Nur wenn beides aufeinander abgestimmt ist, gibt es Stabilität ... Die gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft ist die schnellste Entwicklung."<sup>9</sup>

Die "Gleichgewichtsphilosophie" findet ihren ordnungspolitischen Ausdruck in der sogenannten "Vogelbaueranalogie" (niaolong):

"Man muß in Zukunft fortfahren, sowohl die Wirtschaftspolitik kraftvoll anzugehen und zu verwirklichen, als auch die Marktregulierung wirkungsvoll zu fördern. Wir müssen auch der Tendenz Einhalt gebieten, die im Ablauf der Wirtschaft auftritt, sich der (zentralen) staatlichen Planung zu entledigen. Der Ablauf der Wirtschaft ist ein Ablauf unter planvoller Leitung und nicht ein Ablauf, der von der planvollen Leitung losgelöst ist. Das ist so ähnlich wie das Verhältnis von Vogel und Vogelbauer. Der Vogel kann nicht in der (geschlossenen) Hand festgehalten werden. Wenn man ihn in der Hand festhält, dann wird er sterben. Man muß ihn fliegen lassen. Aber man kann ihn nur im Vogelbauer fliegen lassen. Ohne Vo-

gelbauer fliegt er davon. Wenn man also sagt, der Vogel stelle den Ablauf der Wirtschaft dar, dann ist der Vogelbauer die (zentrale) staatliche Planung."<sup>10</sup>

Trotz der insgesamt positiven Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas während des letzten Jahrzehnts - insbesondere im Vergleich zu den vorangehenden Jahrzehnten - machen sich also nach wie vor grundlegende Strukturschwächen bemerkbar, von deren Lösung der letzte Erfolg des Reformkurses entscheidend abhängt. Insbesondere geht es um die Durchsetzung einer klaren Präferenzordnung der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Die Einhaltung dieser Präferenzordnung wird durch Tendenzen zu permanenter "Überhitzung" der Wirtschaft erschwert bzw. unmöglich gemacht. Diese Tendenzen tragen maßgeblich zum "großen Steigen und großen Sinken" (da qi, da lo) in der staatlichen Wirtschaftsdomäne bei. Sie bilden ein Grundcharakteristikum des gesamten chinesischen Wirtschaftslebens. Es fällt der zentralen Wirtschaftsführung verhältnismäßig leicht, die notwendigen Prioritäten zu setzen, aber es ist ihr offensichtlich nicht möglich, die massiven interessenpolitischen Widerstände zu überkommen sowie die Ministerien, Provinzen, Städte und Gesellschaften (gongsi) dazu zu bringen, sich mit den hieraus resultierenden Posterioritäten abzufinden. Dieser Tatbestand ist ein nur langfristig lösbares machtpolitisches Faktum. Er wird nicht durch "Papierreformen" aus der Welt geschafft. Die Wirklichkeit des Landes setzt Grenzen, die die gegenwärtig vorherrschende Führungsrichtung zwar mit dem Schlagwort "objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten" theoretisch erfaßt, die sie aber in der Praxis nicht durchgängig beachtet.

Die grundlegenden Auseinandersetzungen um Ausmaß und Geschwindigkeit der Wirtschaftsreform legen Zeugnis davon ab, daß die vorgegebenen Grenzen auch für die Reformpolitik selbst gelten. Den Reformern ist von seiten der kritischen Schule wiederholt zum Vorwurf gemacht worden, sie ließen sich von einem ähnlichen "Sprung-Denken" leiten wie es in der Vergangenheit, insbesondere 1958/59 vorherrschte. Zwar ziele ihr Sprungdenken nicht "nach vorne", sondern "nach Westen", aber der Realitätsgehalt sei ähnlich niedrig. Es handele

sich um ein ungefestigtes Wunschdenken, das das, was in China "machbar" sei, schlichtweg ignoriere. Die unterschiedlichen Auffassungen wurden während der letzten beiden Jahre in der außenwirtschaftlichen Strategiediskussion besonders sichtbar. Ausgangspunkt der Diskussion war und ist die Frage, wie weit sich China in die Weltwirtschaft integrieren und den Weltmarkt als Instrument seiner eigenen Entwicklung nutzen kann und soll. 1987 erarbeitete Wang Jian, ein Mitglied des Forschungsinstituts für Wirtschaftsplanung der Staatlichen Plankommission, ein theoretisches Konzept, das eine volle Eingliederung bestimmter küstennaher Regionen des chinesischen Wirtschaftsterritoriums in die Weltwirtschaft vorsieht. Dieses Konzept wurde unter dem Schlagwort "große internationale Zirkulation" (guoji da xunhuan) bekannt und insbesondere von Parteichef Zhao Ziyang als Grundlage zukünftiger reformorientierter Außen- und Binnenwirtschaftspolitik begrüßt. Im Rahmen der "großen internationalen Zirkulation" sollen vor allem vier größere Wirtschaftsgebiete (Gebiet um den Golf von Bohai, Wirtschaftsgebiet Shanghai-Changjiang-Delta, Wirtschaftsgebiet Guangzhou-Hongkong und Wirtschaftsgebiet Fujian) im Verlaufe der nächsten fünf bis zehn Jahre eine exportorientierte Entwicklung erfahren. Sie sollen den Schwerpunkt ihrer Entwicklungsanstrengungen auf den Ausbau arbeitsintensiver Industrien mit exportorientierter Produktion legen. Während dieser ersten Phase muß eine Verlagerung der Investitionsschwerpunkte (von den Schwerindustrien) zu diesen leichtindustriellen Verarbeitungsbereichen erfolgen. In einem zweiten Stadium werden die im Inland gelegenen Wirtschaftsgebiete mit Hilfe der steigenden Exporterlöse der küstennahen Schlüsselgebiete nach und nach ausgebaut, um ihnen den Anschluß an das fortgeschrittene Entwicklungsniveau der Küstenzentren zu ermöglichen. Erst während des anschließenden dritten Entwicklungsstadiums (20-30 Jahre) soll der Schwerpunkt der Entwicklungsbemühungen auf der Schwerindustrie liegen. "Während dieser Phase werden kapitalintensive und technologieintensive Erzeugnisse nach und nach auf den internationalen Markt erscheinen. Der Anteil arbeitensintensiver Erzeugnisse an der gesamten Produktion wird allmählich

nachlassen. Dann wird ein Stadium erreicht sein, in dem Chinas Produktionsstruktur auf ein hohes Niveau gehoben ist."<sup>11</sup>

Die Vorstellung, China könne sich nach dem Vorbild der kleinen ostasiatischen Schwellenländer in einem Klima der allgemeinen Exportorientierung entwickeln und den Außenhandel als Grundantrieb seines gesamtwirtschaftlichen Wachstums nutzen, ist nicht neu. Sie wurde bereits 1983 auf mehreren großen nationalen Konferenzen von führenden chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern umfassend diskutiert. Damals war man mit überwältigender Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen, ein solcher Weg sei für China nicht gangbar. Das Land sei zu groß und die Entwicklungsdimensionen zu gewaltig, um ihre Lösung von unkontrollierbaren Bedingungen abhängig zu machen. Man wies dem Außenhandel die Stellung eines Zusatzelementes der gesamten Entwicklung zu. Das Konzept der "großen internationalen Zirkulation" stellt eine differenzierte Form der alten Außenorientierungssicht dar. Dennoch spricht eine große Zahl von politischen und wissenschaftlichen Kritikern auch diesem Konzept ein ausreichendes Maß an Realitätssinn ab. Prominente Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere Dong Fureng als führender Repräsentant der Akademie für Sozialwissenschaften, monierten das inakzeptable Risiko, das eine solche Strategie beinhalte. Zum einen verwies Dong auf die Unwägbarkeiten des Weltmarktes und dessen zunehmende Protektionismustendenzen, die durch ein massives Engagement Chinas aller Wahrscheinlichkeit nach verstärkt würden. Zum anderen hält er die Gefahr eines Scheiterns aufgrund binnenwirtschaftlicher Schwächen für zu groß, um diesen Schritt zu wagen. Im wesentlichen befürworten die Kritiker der Zirkulationstheorie eine Importsubstitutionsstrategie, die sich durch angemessene außenwirtschaftliche Züge ergänzt. Es gibt im heutigen China keine einflußreiche Strömung, die einen völligen Abschluß des Landes von der Außenwelt befürwortet, vielmehr geht es um das Ausmaß der Öffnung.

"Was wir mit Stützen auf die eigene Kraft meinen, ist, daß wir die Grundlage in der eigenen Kraft finden und uns auf unsere eigenen Anstrengungen stützen, um unser Land zu ent-

wickeln. Das heißt keineswegs, daß wir die Tore zur Welt verschließen. Immer dann, wenn das Stützen auf die eigene Kraft erwähnt wird, denken einige Genossen daran, 'wie ein Lehnherr hinter verschlossenen Toren zu handeln'. Es ist verständlich, daß sie sich so verhalten. Während einer gewissen Phase unserer Geschichte haben wir das Stützen auf die eigene Kraft verzerrt gesehen und es fälschlich mit dem Verschließen unserer Tore gegenüber der Welt gleichgesetzt. Das führte zu Abschottung, Ignoranz und Rückständigkeit. Wir haben daraus eine bittere Lektion gelernt ... Die gegenwärtige Welt ist eine offene Welt. Kein Land kann seine Entwicklung unter den Bedingungen der Abschottung vollziehen."<sup>12</sup>

Im Ergebnis der eineinhalbjährigen Diskussion ist es zu einer deutlichen Abschwächung des Zirkulationskonzeptes gekommen, wobei immer noch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen festzustellen sind. Von seiten der Reformierer wird heute die Formel "Entwicklung einer nach außen blickenden Wirtschaft" (Zhao Ziyang) benutzt, während die Skeptiker (u.a. Li Peng) von einer "Teilnahme am internationalen Austausch und Wettbewerb" sprechen.

Die vorangehenden Aussagen lassen erkennen, daß es nicht in erster Linie um eine Frontenstellung Plandogmatiker gegen Marktreformer geht, sondern um das Maß von Veränderungen und Umbrüchen, das die einzelnen Strömungen angesichts des Entwicklungsstandes der chinesischen Wirtschaft als realistisch betrachten. Die Kritiker fordern auch in diesem Zusammenhang, "nach dem Machbaren vorzugehen" und die "schwachen Kettenglieder" des Wirtschaftsprozesses als Ausgangspunkt zu wählen. Konkret befürworten sie, die eigene Exportfähigkeit in der Praxis über einen längeren Zeitraum hinweg zu "testen" und Schritt für Schritt zu stärken. Die weiteren Schritte sollen erst dann erfolgen, wenn sich die entsprechenden Erfolge einstellen. Die Forderung nach einer möglichst baldigen Exportorientierung der stärksten Teile der chinesischen Wirtschaft erscheint aus ihrer Sicht wie ein Abbrechen der Brücken nach dem bloßen Prinzip Hoffnung. Die nüchterne Position der Skeptiker wird nicht zuletzt dadurch gestärkt, daß die chinesische Außenwirtschaft

während des letzten Jahrzehnts wiederholt ein kritisches Stadium erreichte, wenn sie sich selbst über ihr gegebenes Leistungsmaß hinaus exponierte, also nicht "nach dem Machbaren vorgeht."

### 3.

#### Reformieren - Aber wie?

Was für die Außenwirtschaft gilt, gilt auch für die Gesamtwirtschaft. Ein Blick auf die Entwicklungschronik der chinesischen Volkswirtschaft zeigt, daß der bisherige Wachstumsprozeß durch ein hohes Maß an Ungleichmäßigkeit, Planabbrüchen und "Sprüngen" gekennzeichnet ist. Diese Erscheinung ist für die Reformdiskussion und -praxis von entscheidender Bedeutung. Wider Erwarten ist sie nicht - wie immer wieder behauptet - auf die Vorherrschaft des zentralistischen Planungsmodells zurückzuführen, sondern eher im Gegenteil auf dessen mangelnde Geltung in der politisch-wirtschaftlichen Praxis des Landes. Auch die reformorientierten Teile der zentralen Führung sind (bisher) nicht stark genug, ihre Vorstellungen gegen die interessenpolitischen Widerstände verschiedenster Art durchzusetzen. In der Vergangenheit war es den Vertretern des zentralistischen Planmodells nicht gelungen, ihrem "Hoheitsanspruch" volle Geltung zu verschaffen und "den Bau von kleinen Königreichen" zu verhindern. Gegenwärtig sieht sich das Reformmodell den gleichen Widerständen gegenüber. Es ist der Führung nicht gelungen, aus einem in China langfristig wirksamen ordnungspolitischen Zyklus auszubrechen, der sich aus einer Kette von Zentralisierungs-, Dezentralisierungs- bzw. Rezentralisierungsversuchen ergibt.

Sowohl in China als auch im Ausland neigen Beobachter dazu, die Phasen der Dezentralisierung mit der Reform gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung ist falsch, wie nicht zuletzt die tatsächliche Entwicklung der letzten Jahre bewiesen hat. Zwar handelt es sich bei den Begriffspaaren Zentralisierung-Dezentralisierung und Plan-Markt um inhaltlich miteinander verbundene Komplexe, aber beide Bereiche sind nicht identisch. Es wird häufig übersehen, daß die innerchinesische Diskussion überwiegend auf bestimmte Kategorien wirtschaftlicher Entscheidungen begrenzt ist. Auch in der von den Reformern angestrebten "geplanten sozia-

listischen Warenwirtschaft" soll dem Planmechanismus eine wesentliche Rolle erhalten bleiben. In der gesamten Diskussion scheinen zwei Fragen zu wenig beachtet worden zu sein. Erstens, was wird dezentralisiert? Wird nur der Bereich der laufenden Wirtschaftsentscheidungen, d.h. die laufende betriebliche Produktion einbezogen, oder erstreckt sich die Dezentralisierungspolitik auf den gesamten Wirtschaftsprozeß? Werden Entscheidungen über Neuinvestitionen und Vermarktung der Produktion miteinbezogen? Zweitens, bis zu welcher Ebene des volkswirtschaftlichen Gefüges wird dezentralisiert? Welcher ordnungspolitischen Natur ist die Dezentralisierung? Handelt es sich um betriebliche Autonomie, oder bezieht sich die "Abwärtsverlagerung von Entscheidungsrechten" vorwiegend auf die unteren Ebenen der Wirtschaftsverwaltung?

Die gegenwärtigen Bemühungen sind erstmals von einer Dezentralisierungspolitik bis zur Ebene der wirtschaftlichen Subjekte gekennzeichnet. Frühere Dezentralisierungsphasen beinhalteten nur Verlagerungen von wirtschaftlichen Entscheidungsrechten auf untere administrative Ebenen. Hauptargument zugunsten einer solchen Verlagerung war das Argument der größeren Problemnähe der unteren Ebenen. In der Praxis zeige es sich jedoch, und zeigt es sich auch heute noch, daß dieser sogenannte Vorteil niemals verwirklicht werden konnte. Der Hauptgrund liegt in einer der Bürokratieforschung seit langem bekannten Erscheinung. Auf allen Ebenen der Bürokratie herrscht der gleiche Entscheidungsgeist (und -stil) vor. Gleichzeitig jedoch nehmen Sachverstand und Fachkompetenz im Regelfall von Ebene zu Ebene ab. Es kam zu einem verhängnisvollen Kreislauf, der immer noch wirksam zu sein scheint. Von chinesischer Seite wird er wie folgt beschrieben: Zentralisierung (führt zum) - Absterben (wirtschaftlicher Initiativen) -, Absterben (führt zur) - Kritik (am zentralisierten Verfahren), Kritik (führt zu) - Lockerungen (Dezentralisierung auf untere administrative Ebenen), Lockerungen (führen zum) - Chaos (in Planung und Produktion), Chaos (wiederum führt zur) - Zentralisierung.<sup>13</sup>

Solange eine klare Unterscheidung von Dezentralisierungsrechten zwischen unteren Ebenen der Wirtschaftsad-

ministration und den Betrieben selbst nicht allgemein verbindlich durchgesetzt ist - und das ist offensichtlich nicht der Fall -, läßt sich die wichtige Schlußfolgerung ziehen, daß Zentralisierung (genauer Rezentralisierung) nicht zwangsläufig eine Abkehr von Reformvorstellungen signalisiert. Im Gegenteil, Zentralisierungsmaßnahmen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich können Ausdruck des Versuchs sein, ungewollte und nicht vorhergesehene Fehlentwicklungen der vorangegangenen Dezentralisierungspolitik aufzufangen, um den Reformkurs zu restabilisieren. Dieser Aspekt erscheint insofern von Bedeutung, als er weitverbreiteten Befürchtungen entgegensteht, die sich aus der unüberlegten Gleichsetzung von Dezentralisierung und Reform ergeben. Chinesische Wirtschaftswissenschaftler haben diesen Sachverhalt indirekt bestätigt:

"Was die Arbeit der strukturellen Umgestaltungen selbst betrifft, so liegt der Grund für die wiederholten Umgestaltungen darin, daß sie sich auf das Verhältnis zwischen der Zentrale und den Orten bezogen, den Schwerpunkt aber nicht auf das Studium und die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Betrieben legten. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Verfahrensweisen in der Verwaltung, aber man untersuchte nicht wirklich, wie die Wirtschaft nach ihren eigenen inneren Verhältnissen zu organisieren sei, um die Leitung der Wirtschaft nach wirtschaftlichen Methoden auszuüben. Gleichgültig ob Zentralisierung oder Dezentralisierung, gleichgültig ob zentrale Verwaltung oder örtliche Verwaltung, bei beiden bleibt die Tatsache bestehen, daß der Staat zuviel vereinheitlicht und die Befugnisse der Betriebe zu gering sind."<sup>14</sup>

Die Verlagerung von substantiellen Entscheidungsbefugnissen auf die Ebene der Betriebe wurde bisher vor allem aufgrund des massiven Widerstandes der unteren Verwaltungsebenen weitgehend verhindert. Die Betriebe konnten (und wollten) ihre Produktion nicht in ausreichendem Umfang nach der Bedarfsstruktur der Gesellschaft richten. Es herrscht immer noch eine Tendenz zur gesamtwirtschaftlich nicht angepaßten Höchstproduktion innerhalb einzelner Branchen und Regionen vor. Dieser Tendenz entsprechen dauerhafte Schwierigkeiten in der Kontrolle und Koordi-

nation der allgemeinen Investitionstätigkeit. Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sind vor allem die Verringerung der Investitionstätigkeit und die gleichzeitige "Verbesserung der Investitionsorientierung", d.h. die Anpassung der Investitionsstruktur an den gesamtwirtschaftlichen Bedarf, von entscheidender Bedeutung. Die bisherigen Erfolge der Reformpolitik auf diesem Gebiet sind wenig eindrucksvoll. Seit einem Jahrzehnt wird in großer Regelmäßigkeit die mangelnde Investitionsdisziplin im Lande verurteilt, ohne daß entscheidende Veränderungen zu erkennen sind. Drei Jahrzehnte lang lautete die sogenannte Generallinie des sozialistischen Aufbaus in China "mehr, besser, schneller, wirtschaftlicher". In der wirtschaftlichen Praxis des Landes wurde zumeist das "mehr" und "schneller" mit ernsthaften Folgen für die Gleichgewichtigkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der volkswirtschaftlichen Leistungen verwirklicht. Zwar kann man der Reformpolitik nicht vollständig den Erfolg bei der Verbesserung dieses Fehlzustandes bestreiten, aber ebensowenig kann man übersehen, daß sich immer noch große Teile der Partei- und Staatsbürokratie aus interessenpolitischen Gründen der neuen Richtung zu entziehen versuchen.

Die mangelnde Fähigkeit, die nationale Investitionstätigkeit angemessen zu kontrollieren und zu koordinieren, berührt direkt die Ebene der wesentlichen makroökonomischen Entscheidungen, d.h. Entscheidungen zu den grundlegenden wirtschaftlichen Proportionen. Anders gesagt, es ist die "einheitliche Planungshoheit" gerade jener Bereiche beeinträchtigt, die auch im Rahmen des angestrebten "Laissez-faire-Sozialismus" unter zentralstaatlicher Direktivgewalt verbleiben sollen. Der Investitionsprozeß ist unter allen Teilbereichen des gesamten chinesischen Wirtschaftsprozesses der reformbedürftigste. Gleichzeitig haben alle bisherigen Versuche, die grundlegenden Probleme in diesem Bereich zu lösen, wenig Erfolge gezeigt. Es verwundert nicht, wenn sich einzelne Reformen von Zeit zu Zeit besorgt äußern: "Wenn es in den nächsten Jahren schlecht läuft, könnte China wie die Länder Osteuropas enden, die von einer ineffizienten, halbreformierten Wirtschaft geplagt werden."<sup>15</sup>

Von grundlegender Bedeutung ist die Frage, ob die bisher vorgesehenen Teilreformen zur Verbesserung des Investitionsprozesses in innerer Übereinstimmung mit der gesamten Reformpolitik stehen. 1988 mußte die zentrale Führung (nach 1980 und 1985 zum drittenmal) vom Einsatz ökonomischer Hebel zur Bekämpfung des allgemein verbreiteten "Wachstumsfetischismus" ablassen, um die Entwicklung wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die Gründe sind einleuchtend: Zum einen wird ein beträchtlicher Teil der Roh- und Halbmaterialien sowie der Energieressourcen immer noch durch administrative Instanzen kontrolliert und verteilt. Politische Faktoren sind also von mindestens ebenso großer Bedeutung wie ökonomische Kriterien. Zum anderen müssen ökonomische Hebel solange wirkungslos bleiben, als das nationale Preissystem seine irrationalen Relationen beibehält. Möglicherweise behält die kritische Schule recht, die eine Politik zur Aufhebung der großen Disproportionen und Gefälle zwischen den verschiedenen Teilbereichen der Volkswirtschaft als zeitlich und inhaltlich vordringlich ansieht. Solange kein echtes "bewegliches Gleichgewicht" in der Volkswirtschaft herrsche, könne die Reformpolitik nicht nur nicht erfolgreich sein, sondern trage zwangsläufig zur Vertiefung der bestehenden Ungleichgewichte bei. Auf dieser Argumentationskette beruht der Vorwurf, die Reformer seien ihrer eigenen Losung, "die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen", nicht treu geblieben. Die Wirklichkeit der chinesischen Unternehmen sei nicht so, wie sie sein müsse, um die reformpolitischen Zielvorstellungen kurzfristig realisieren zu können.

Die Reformer müssen die Grenzen erkennen, die kurz- bis mittelfristig offensichtlich nicht überwindbar sind. Symptomatisch ist die Tatsache, daß die grundlegende Reform des Preissystems als Voraussetzung für wirtschaftliches Verhalten der Betriebe vorerst notgedrungen ausgesetzt worden ist. Die erhofften positiven Effekte stellten sich nicht ein, während sich zugleich die Inflationstendenzen von Jahr zu Jahr beschleunigten und 1988 einen kritischen Höhepunkt erreichten. Einzelne polemische Stimmen sprachen bereits davon, daß Maos niedrige Einkommen besser gewesen seien als Dengs hohe Preise. Der "Stabilisie-

rungszwang" wurde nachdrücklich anerkannt. Zwar ist ein Großteil der Führung auch weiterhin der Ansicht, daß die Reform des Preissystems den Schlüssel zur Reform aller anderen Bereiche darstelle, aber die Praxis zeigt, daß "viele Fabriken und Unternehmen so ineffizient und schlecht geführt werden, daß sie auf die Aufhebung der Preiskontrollen einfach nicht wie erwartet reagierten ... Wir mußten feststellen, daß die Unternehmen gegenüber Preisveränderungen nicht sehr sensitiv sind. Die Unternehmen machen sich nicht viel aus erhöhten Produktionskosten. Sie fordern einfach eine Erhöhung der Preise der Produkte, die sie verkaufen ... Die Schwierigkeiten und Komplikationen der Reform sind viel größer, als wir vorausgesehen haben."<sup>16</sup>

Die nur begrenzt erfolgreichen Bemühungen, die Unternehmen zu wirtschaftlichem und gewinnorientiertem Verhalten zu veranlassen, werfen zwei Fragen auf. Zum einen geht es um die Frage, ob angemessene Voraussetzungen existieren, die Bereitschaft der Unternehmen zu eigenverantwortlichem Wirtschaften zu stärken, und zum anderen: Sind die politisch-administrativen Hindernisse beseitigt, die es den Unternehmen überhaupt erst ermöglichen, eigenverantwortlich zu handeln? Beide Fragen müssen überwiegend mit nein beantwortet werden. Es sei nur daran erinnert, daß die chinesischen Betriebsleitungen seit drei Jahrzehnten in die "Verwaltung von Kennziffern" eingebunden sind. Es fehlt der großen Mehrheit an jener fachlichen Qualifikation und Mentalität, die zur Leitung wirklich autonomer Betriebe nötig sind. Die meisten Betriebsleiter sind zu Fachleuten im System der Kennziffern geworden. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Kornai hat diese Fertigkeit einmal als Kunst der Spekulation in der Planwirtschaft bezeichnet. Er bezog sich damit auf die Fertigkeit, "Nutzen aus den in den Plankennziffern verborgenen ökonomischen Widersprüchen und Vieldeutigkeiten" zu ziehen. Im Vergleich zu diesem komfortablen Zustand erhöht sich unter den z.Z. angestrebten Bedingungen der Autonomie der Betriebe einseitig das Risiko, während die Anreize unzureichend sind. Ferner ist es der Reformpolitik bisher nicht gelungen, die Betriebe nicht nur formalrechtlich, sondern in der wirtschaftlichen Praxis aus der Abhängigkeit von der unteren

Wirtschaftsbükratie zu lösen. Die Art und Weise, in der örtliche Parteiorgane und Wirtschaftsverwaltungen die Betriebsleitungen in ihren Einflußbereich zu "disziplinieren" vermögen, ist von reformorientierten chinesischen Autoren mit dem magischen eisernen Kopfband verglichen worden, das den berühmten Affen Sun Wukong schmerzvoll in den Gehorsam zwang, wenn er den Unwillen seines buddhistischen Meisters erregte. Der Druck des eisernen Bandes hat nur wenig nachgelassen. Das System der alleinigen Verantwortung des Fabrikdirektors (changzhang fuzezhi) hat allenfalls der Form nach Anerkennung gefunden. In der Praxis existiert weiterhin mehr oder weniger stark das alte System der "Verantwortung des Fabrikdirektors unter der Führung des Parteikomitees". Zu unterscheiden ist allerdings zwischen staatlichen, kollektiven und einzelwirtschaftlichen Unternehmen. Die einzelwirtschaftlichen und auch die kleineren Kollektivbetriebe weisen naturgemäß ein höheres Maß an unternehmerischer Entscheidungsfreiheit auf, aber auch sie können sich nicht immer der Intervention der örtlichen Wirtschaftsverwaltungen entziehen. Insbesondere wird die weitverbreitete bürokratische Mentalität der "zha de banfa" (Methode der Ölpresse) beklagt. Gemeint ist die willkürliche Erhebung einer Vielzahl von Steuern, Gebühren und anderen Abgaben, die zwangsläufig zur Dämpfung der Initiative beitragen. Da diese Betriebe ferner nicht zum "kleinen Königreich" einer Verwaltungseinheit gehören, ziehen sie in der Regel beim Wettbewerb um knappe Materialien, Kredite und Ausrüstungen den kürzeren. Anders sieht die Situation für die staatlichen Unternehmen aus, insbesondere für die großen und mittleren. Sie haben sich, wie bereits geschildert, nur sehr unvollständig aus der Bevormundung übergeordneter Instanzen zu lösen vermocht, und zumindest im Falle der zahlreichen staatlichen Unternehmen, die permanent in der Verlustzone rangieren, ist nicht davon auszugehen, daß sie das Bedürfnis entwickeln, sich dieser Vormundschaft, die zugleich auch Schutz bedeutet, zu entziehen. Anders gesagt, die gegebene Situation spricht dafür, daß ein Großteil der Unternehmensleitungen weiterhin darum bemüht sein wird, eine Art gemeinsamer Leitung mit den örtlichen Parteikomitees und Wirtschaftsverwaltungen auszuüben. In diese ambivalente Be-

ziehung bringen die Betriebsleiter ihre praktisch-technische Produktionserfahrung ein. Die Partei- und Verwaltungsorgane sind für die Aufrechterhaltung des Netzwerkes von vielfältigen persönlichen Beziehungen zu den übergeordneten Wirtschaftsverwaltungen zuständig. Persönlicher Natur - kritisch gesehen "feudaler" Natur - sind diese Beziehungen, weil es sich im Normalfall nicht um Kontakte zwischen Instanzen handelt, sondern um individuell aufgebaute Beziehungen des "peer group"-Beziehungstypus. Die Reformpolitik scheint diesem Tatbestand insofern Rechnung zu tragen, als die Bemühungen um eine Verbesserung der Informations- und Signalsysteme (insbesondere Preise nach Knappheitsrelationen) vorerst zugunsten der Verbesserung der fachlichen Kompetenz des Managements selbst zurückgestellt worden sind. Vereinfacht gesagt, man hat anerkannt, daß Signale nur dann empfangen werden können, wenn die Betriebsleitungen empfangsfähig und -willig sind.

Als Zwischenfazit drängt sich die Vermutung auf, daß Reformen, die auf eine vollständige Freisetzung der Betriebe hinzielen, auf absehbare Zeit zum Scheitern verurteilt sind. Erfolgsaussichten bestehen wahrscheinlich nur dann, wenn es zu einem Interessenausgleich zwischen der bürokratischen Sphäre und der Unternehmenssphäre kommt. Dazu müßte die gegenwärtige chinesische Bürokratie in ihrem Handlungsbewußtsein und Wirtschaftsausblick wesentlich sachorientierter werden, was keineswegs unmöglich erscheint. Es soll hier nicht das Hohe Lied der chinesischen Kaderschaft gesungen werden, das tut heute nicht einmal mehr die Propagandaabteilung des Zentralkomitees, die über die chinesischen Medien ihre Kritik an "zehn negativen Verhaltensweisen, die die Reform behindern", verbreiten läßt. Als besonders verhängnisvoll gilt die kleinbäuerliche Mentalität, ein extremes Merkmal der "Überreste des Feudalismus", aber auch das "Clan-Denken" und "individuelle Verantwortungs- wie Risikoscheu" sind weitverbreitet. Ergänzt wird diese Skala entwicklungsfeindlicher Haltungen durch den "Hang zum hohlen Geschwätz", der sich durch konstante Zustimmung und Lobpreisung der Reformen auszeichnet, "aber durch mangelnde Entschlossenheit bei konkreten Problemen". Gleich welche Beschlüsse gefaßt wer-

den, es wird nicht gehandelt. Dieser Art von Leuten haben die Massen zwei Reime gewidmet. Der erste Reim besagt: Sie tagen heute, morgen und jeden Tag. Der zweite Reim besagt: Ich rede, du redest, jedermann redet. Die Gegenzeile heißt: Niemand handelt.<sup>17</sup>

Trotz dieser wenig schmeichelhaften Beschreibung der chinesischen Kaderschaft muß festgehalten werden, daß ihr Weltausblick zumindest in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Regionen des Landes während der letzten zehn Jahre deutlich wirklichkeitsnäher geworden ist. Dazu heißt es:

"Während der letzten Jahre sind die Kader in den Provinzen und Bezirken der östlichen Gebiete in ständigem Kontakt mit den bekanntesten und hervorragendsten Kadern des ganzen Landes gewesen. Sie haben einen Großteil des talentierten Personals für die Zentrale Verwaltung gestellt. Aber die unterentwickelte Produktion und das stagnierende kulturelle Niveau der westlichen Regionen haben dazu geführt, daß diese Gebiete ein ungünstiges Umfeld für die Entwicklung von Talenten geworden sind."<sup>18</sup>

Setzt man voraus, daß sich das gehemmte Entwicklungsbewußtsein der chinesischen Kaderschaft während der nächsten Jahrzehnte angemessen "befreien" läßt, dann könnte sich das jetzige widersprüchliche Mischsystem von Wirtschaftsverwaltung und Betrieben zu einem Verfahren entfalten, das keineswegs leistungsschwächer sein muß als Volkswirtschaften mit überwiegend marktwirtschaftlichen Verkehrsformen. Richtungsweisend könnten die benachbarten ostasiatischen Länder, insbesondere Japan sein. Auch im Falle Japans läßt sich kaum übersehen, daß liberalwirtschaftliches Ideengut trotz ständiger verbaler Bekenntnisse nicht zum Hauptstrom des nationalen Denkens gehört. Dies gilt sowohl für die staatliche Wirtschaftsadministration als auch für die Wirtschaft selbst. Man hat in diesem Zusammenhang von einem besonderen Ordnungstypus als "informelles, unsichtbares und verborgenes integriertes nationales System" gesprochen.<sup>19</sup> Dieses integrierte nationale System - Fachausdruck "gyosei shido" (administrative guidance) - würde in China wahrscheinlich wesentlich stärker administrativ geprägt und gelenkt sein (und bleiben) als in Japan. Die besonderen historischen, entwick-

lungs- und machtpolitischen Rahmenbedingungen sprechen dafür. Es bestehen berechnete Aussichten - und auch die absolute Notwendigkeit -, daß sich die Funktionsbedingungen der chinesischen Wirtschaft deutlich verbessern werden (und müssen), aber eine grundsätzliche Auflösung der bestehenden Entscheidungsstrukturen, d.h. eine "Ausbettung" der Wirtschaft aus der Politik, erscheint historisch unrealistisch. Die Reformen können erfolgreich sein, solange sie die gewachsenen Bedingungen berücksichtigen, nicht jedoch, wenn sie sie mit Macht überwinden wollen.

#### 4. Zukunftsausblick

Im Hintergrund der dargestellten Problematik steht die Frage, ob es möglich ist, ein hierarchisch-dirigistisches System mit einer Volkswirtschaft, in der das Prinzip der Einzelinitiative und der (begrenzten) wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit von Betrieben und unteren Ebenen der Wirtschaftslenkung gilt, erfolgreich zu kombinieren. Eine solche Kombination ist im Falle Chinas durchaus denkbar. Es gilt von der Vorstellung Abschied zu nehmen, daß es in China jemals eine Marktwirtschaft ohne staatliche Steuerungs- und Kontrollinstitute geben wird. Das heißt nicht, daß "alles beim Alten" bleiben kann. Methoden und Ausmaß der Steuerung müssen sich ändern, und die politische Elite wird gezwungen sein, in ihrem Handlungsbewußtsein und "Arbeitsstil" wesentlich flexibler und berechenbarer zu werden. Sie wird ferner nicht umhin können, die für das Funktionieren einer modernen Wirtschaftsgesellschaft notwendige Intelligenz in den bisher "geschlossenen Eliteteams" zu integrieren. Das wird - am heutigen politischen Bewußtsein gemessen - ein schwieriger Prozeß sein, in dessen Verlauf es immer wieder zu Rückschlägen kommen kann. Das ist jedoch etwas anderes, als kategorisch die Unvereinbarkeit einer ideologisch-bürokratischen Ordnung mit einer funktionsfähigen Wirtschaft zu postulieren. Politische Ideale dürfen nicht mit wirtschaftlicher Effizienz verwechselt werden. Die Tatsache, daß die bisherigen Verfahrensweisen nicht zuletzt wegen des ausgesprochen starken Willkürelementes unzureichend waren, um einen grundlegenden Modernisierungsdurchbruch des Landes zu er-

möglichen, darf nicht zu dem Umkehrschluß verleiten, daß eine marktorientierte Wirtschaftsform (Stichwort Konkurrenzsozialismus) in jedem Fall erfolgreich sein müsse. Mit Sicherheit würde eine Fülle gegenwärtig bestehender wirtschaftlicher Deformationen beseitigt. Wahrscheinlich entstände jedoch zugleich eine Reihe neuer Konfliktaufladungen. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre weist in diese Richtung. Theoretisch hat die liberale Wirtschaftswissenschaft für alle diese Fälle Lösungen gefunden, um Fehlentwicklungen zu bereinigen, aber theoretische Konsistenz ist nicht praktische Relevanz.

Konkret lassen sich drei große Problemfelder erkennen, in denen ein Ausgleich zwischen reformerischer Konsequenz und den übergeordneten Selbsterhaltungsanforderungen des Gesamtsystems notwendig erscheint. Es handelt sich dabei um den dauerhaften Zwang zum Regionalausgleich (Eindämmung der gewaltigen Zentrifugalkräfte), um die Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen einem traditionell gewachsenen und verfestigten ideologisch-bürokratischen Herrschaftsverständnis und wirtschaftlicher Notwendigkeit zu finden und um die Sicherung eines erträglichen Interessenausgleichs zwischen den großen Teilkraften der chinesischen Gesellschaft.

Unter regionalen Gesichtspunkten muß vor allem kritisch angemerkt werden, daß China zwar politisch geeint, wirtschaftlich aber "segmentiert" ist. Es gibt im eigentlichen Sinn des Wortes keine (voll ausgebildete) chinesische Volkswirtschaft. Statt dessen existiert eine Reihe von Regionalwirtschaften. Das Maß ihrer Integration liegt unterhalb dessen, was z.B. in der Europäischen Gemeinschaft bereits erreicht worden ist. Es existiert ein kleiner Bereich zentralstaatlicher Unternehmen, d.h. ein begrenztes Fundament für überregionales Wirtschaften, ansonsten jedoch verstehen es die verschiedenen Regionen, ihre Wirtschaften durch ein vielfältiges Mixtum nichttarifärer Hemmnisse vor unerwünschten Einflüssen weitgehend zu bewahren. Eine regionale Wirtschaftspolitik, die auf das Ziel eines übergeordneten gesamtwirtschaftlichen Wachstumsoptimums hinwirkt, ist bisher weitgehend an schwerwiegenden nichtökonomischen Interessenkonstellationen auf

der Ebene der Regionen gescheitert. Es ist nicht gelungen, die Forderungen nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit nichtökonomischen Zielsetzungen (soziale, politische und kulturelle) auszubalancieren. Wirtschaftlich konsistente Muster räumlicher "Spezialisierung und Zusammenarbeit" (Prinzip der arbeitsteiligen Entwicklung) sind nur in unbefriedigenden Ansätzen zu erkennen. Nach wie vor scheinen viele Regionen die gesamtwirtschaftliche Integration abzulehnen, da letztere aus Sicht der Betroffenen vor allem für die rückständigen Gebiete Abhängigkeitsverhältnisse unterschiedlicher Intensität beinhaltet. Die Anerkennung unterschiedlicher regionaler Ausgangsbedingungen und die Berücksichtigung entsprechend unterschiedlicher Entwicklungsansätze scheitert bisher sowohl an "Vollständigkeitsvorstellungen" der regionalen Wirtschaftsführungen als auch an einem Konzeptionsmangel der zentralen Wirtschaftsführung. Es stehen dem Prozeß der interprovinziellen Wirtschaftsintegration nach wie vor deutlich einschränkende Kräfte gegenüber. Ein wirklicher Abbau des Widerstandes ist zumindest auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Darüber hinaus müßte auf der zentralen Ebene das Bewußtsein wachsen, daß die wirtschaftlich unterschiedlich entwickelten Regionen Chinas unterschiedlicher Entwicklungsansätze bedürfen. Während sich für die wirtschaftlichen Spitzengebiete des Landes eine Erweiterung des Spielraums für Eigenentwicklung mit starken Marktelementen geradezu aufdrängt, müßten die großen Rückstandsgebiete, denen es eindeutig an Eigendynamik fehlt, verstärkt durch zentrale Impulsgebung gestützt werden. Bisher lassen sich in dieser Richtung allenfalls erste Denkansätze erkennen. So heißt es unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten:

"Die Reform des politischen Systems in den entwickelten Gebieten kann sich verhältnismäßig reibungslos und in regelmäßigen Schritten auf der Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Reform entfalten. In den westlichen Gebieten jedoch sind diese Bedingungen gegenwärtig nicht gegeben. Sie müssen ein Übergangsstadium von einem verhältnismäßig geringen Niveau des Anfangsstadiums des Sozialismus zu einem normaleren Niveau durchlaufen. Aus diesem Grund muß eine

Reihe von Sondermaßnahmen zusätzlich zu den Maßnahmen, die für das Land als ganzes beschlossen worden sind, in Betracht gezogen werden. Wenn wir den örtlichen Bedingungen keine Beachtung schenken und vorzeitig die Reform des politischen Systems in gleichem Ausmaß wie im Osten durchführen wollen, und das bei Bedingungen, unter denen die Wirtschaftsreform weit zurückhängt, dann ist es durchaus möglich, daß wir es nicht schaffen werden, egal wie sehr wir uns darum bemühen, das Tempo zu erhöhen."<sup>20</sup>

Um eine nach ordnungs- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten differenzierte Modernisierungsstrategie der verschiedenen Regionen Chinas zu betreiben, fehlt es der zentralen Führungsebene bisher - wie bereits ausgeführt - an der entsprechenden Durchsetzungsfähigkeit. Man kann ihr im Prinzip nicht absprechen, daß sie um eine Balance der Interessen der großen Regionen und um eine den örtlichen Bedingungen angemessene regionalwirtschaftliche Entwicklung aller großen Gebiete bemüht ist. In der Praxis sind diese Bemühungen jedoch bisher weitgehend am Widerstand der Provinzen gescheitert. Ob die Widerstände und Schwachstellen, die einer verbesserten regionalen Zusammenarbeit entgegenstehen, in Zukunft überwunden werden können, und wenn ja, in welchem Zeitraum, läßt sich heute nicht absehen. Mit Sicherheit wird eine Lösung nur langfristig und schrittweise möglich sein. Gegenwärtig herrscht immer noch der folgende Zustand vor:

"Die Ersetzung der wirtschaftsbezogenen Gliederung durch die administrative Gliederung führt nicht nur zu Durcheinander in der Zirkulation von Waren und Material und zu unvernünftigem Anwachsen der Lagerbestände, sondern behindert sogar häufig vernünftige Wirtschaftsbeziehungen, errichtet künstlich wirtschaftliche Schranken und Blockaden, behindert die Warenzirkulation und Produktverteilung und beeinträchtigt die gesunde Entwicklung der Wirtschaft."<sup>21</sup>

Wirtschaftsreformen, die nicht nur den Hang zur bloßen Wortmagie widerspiegeln, müssen ferner auf einen Ausgleich mit dem ideologisch-bürokratischen Herrschaftsanspruch ausgerichtet sein. Um es zu wiederholen, es geht um den ideologisch-bürokratischen

Herrschaftstypus als solchen, nicht um den gegenwärtigen Zustand der chinesischen Partei- und Staatsbürokratie. Kein Land der Welt kann sich auf Dauer eine staatliche Elite mit derart geringer Fachkompetenz leisten. Gelehrte Sachkenner zu Fragen politischer Eliten haben zutreffend festgestellt, daß in allen Gesellschaften, von den primitivsten im Anfang der Zivilisation bis zu den fortgeschrittensten und mächtigsten immer Kräfte existiert haben, die herrschten und solche die beherrscht wurden. Dieser Auffassung stimmt die konfuzianisch-chinesische Tradition seit den Tagen ihrer Gründungsphilosophen uneingeschränkt zu, wobei sie hinzufügt, daß diejenigen, die mit dem Geist arbeiten, über diejenigen, die körperlich arbeiten, zu herrschen berechtigt seien. Das sei die natürlich vollkommene Ordnung der Weltendinge. Die Elite der Gebildeten vertritt danach den "schöpferischen Geist" in Gesellschaft und Geschichte. Zwar bilden geistige und materielle Kultur eine Einheit, aber in der Weltsicht der Gebildeten besteht eine permanente Neigung, beide zu stufen und der geistigen Sphäre den Vorrang einzuräumen. Die Träger politischer Ideen erheben den Anspruch, den historischen Fortschritt der Gesellschaft zu gestalten. Die Ideologie, die Wahrung und Vermittlung der ideologisch gefestigten Weltsicht, ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die zu einem höheren Herrschaftsanspruch legitimiert als jede andere gesellschaftlich wichtige Tätigkeit. Die chinesische Herrschaft hat sich also niemals aus der direkten Gestaltung und Verfügungsgewalt über eines der Teilsysteme der Gesellschaft (z.B. Gestaltung der Wirtschaft, Bereitstellung der materiellen Grundlagen) legitimiert. Sie "disponierte" gleichsam indirekt, indem sie alle Teilbereiche der Gesellschaft aus der zurückgehobenen Warte des Ganzen kontrollierte und lenkte. Die Wirtschaft des Landes war von dieser Grundvorstellung nicht ausgeschlossen und ist es auch heute nicht. Man braucht sich bloß daran zu erinnern, daß "jingji", das chinesische Wort für Wirtschaft, eine Zusammenziehung der beiden Begriffe "jing shi" (das Land entwickeln) und "ji min" (die Wohlfahrt des Volkes bewahren) darstellt. Dieser "politische" Gehalt des chinesischen Wirtschaftsbegriffs steht ganz im Gegensatz zur Herkunft des europäischen, der in seiner ursprünglichen

Bedeutung "oikonomia" (Hauswirtschaft) die Verantwortung des einzelnen Hauses (Betriebes) in den Mittelpunkt stellt.

In jedem ideologisch-bürokratischen System ergibt sich zwangsläufig ein unaufhebbarer latenter Dauerwiderspruch zwischen den Erfordernissen der politischen Kontrolle und Lenkung zur Herrschaftserhaltung einerseits und der aus Funktionsgründen unerläßlichen Notwendigkeit, Eigengestaltungsräume in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft anzuerkennen. Anders gesagt, es besteht immer ein Spannungsverhältnis zwischen Entscheidungsmacht und Sachkompetenz in der konkreten Gestaltung der Teilbereiche. Kennzeichnend für diesen Zwiespalt ist das (oben erwähnte) Bild von der Volkswirtschaft als "Vogel", der nicht völlig frei fliegen darf. Die gegenwärtigen Reformen sind in der politischen Zielsetzung nicht darauf angelegt, die Entscheidungsgewalt der politischen Instanzen über die grundlegende Entwicklungsdynamik der Gesellschaft außer Kraft zu setzen. Das kann nicht überbetont werden. Dennoch wird die Führung gezwungen sein, fortwährend die Risse zu kitten, die die Reformpolitik im eigenen Herrschaftsverständnis verursacht. Wo die politische Toleranzschwelle liegt, läßt sich theoretisch nicht entscheiden. In der Praxis wird es wesentlich vom jeweiligen Selbstbewußtsein der Führung abhängen, was als tolerierbar gilt. Das war in der Vergangenheit so, die Geschichte der konfuzianischen Staatsherrschaft ist eine Geschichte des ständigen Straffens, Lockerns, Unterdrückens und Diskreditierens nicht-herrschender Gesellschaftsgruppen. Fühlte sich die Herrschaft gesichert, war sie großzügig. Fühlte sie sich gefährdet, versuchte sie, die rivalisierenden Kräfte entweder zu absorbieren oder auszuschalten. Es ist zu vermuten, daß sich die heutige ideologisch-bürokratische Ordnung am bewährten Rhythmus ihrer "Vorläuferherrschaft" orientieren wird. Um es noch einmal zu wiederholen, das Maß des möglichen Freiraums für die chinesische Wirtschaft läßt sich nicht objektiv errechnen. Es wird sich entscheidend nach dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Herrschaft richten. Letzteres wiederum wird wesentlich vom Modernisierungserfolg abhängen.

## 5. **Schlußbemerkung**

Abschließend soll noch einmal angemerkt werden, daß gegenwärtig eine Reihe von Widerständen innerhalb der chinesischen Führungsgemeinschaft gegen Reformen existiert, die aus Sicht der Skeptiker zu unüberlegt eingeleitet werden. Die Hauptsorge richtet sich dabei nicht so sehr auf eine mögliche "Systemüberwindung". Vielmehr geht es um die "Angst vor dem Chaos". Dennoch sind die Widerstanderscheinungen bisher nicht genügend ausgeprägt, um mehr als eine bloße Obstruktionspolitik zuzulassen. Letztes Endes droht die Hauptgefahr für den Reformkurs, so paradox dies auch klingen mag, von den Reformern selbst: Eine Überschätzung der Möglichkeiten der Reform. Eine Selbstüberschätzung der Reformen beinhaltet nicht nur Risiken einer zunehmenden politischen Gegnerschaft. Sie kann auch aus reinen "Sachzwängen" heraus zu Überforderungen führen. Es sei nur daran erinnert, daß die moderne chinesische Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) über insgesamt nur 7 bis 8 Mio. Fachleute (qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und andere Fachkräfte) verfügt. Das heißt, daß 14 von 15 Kräften Hilfsarbeiter mit einer extrem schmalen Ausbildungsbasis sind. Diese fachlichen Engpässe sind nur sehr langfristig aufzuheben; denn auch heute noch erhält nur jeder vierte Schüler eine Schulausbildung von mehr als vier Jahren, nur jeder 40. durchläuft eine volle Sekundarstufenausbildung und nur jeder 100. wird Student. Es fehlt an einer hinreichend starken nationalen Entwicklungselite mit fachlicher Kompetenz. Die gegenwärtigen Bemühungen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsverwaltung, der Betriebsleitungen und des technischen Personals durch eine Vielzahl reformerischer Maßnahmen zu erhöhen, spiegelt die Dringlichkeit des Sachverhalts wieder. Es existiert keine Reserve an Fachleuten, mit deren Hilfe man reformunwillige und -unfähige Führungskräfte auf breiter Front austauschen könnte. Das Denken und Handeln in chinesischen Betrieben wird nur allmählich vom Primat der "Tonnenideologie" befreit werden können. Ein grundlegender Wandel wird also einen wesentlich längeren Zeitraum beanspruchen, als von den Reformbefürwortern innerhalb und außerhalb Chinas im allgemeinen erhofft.

Es wäre gut, die große Langzeitvision Deng Xiaopings ernst zu nehmen, die eine wirklich fortgeschrittene Entwicklung Chinas nicht vor der Mitte des nächsten Jahrhunderts voraussagt.

Für die absehbare Zukunft sollte man sich mit einer Prognose begnügen, die Chen Yun zu Beginn der "neuen historischen Etappe" während einer Arbeitskonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas machte:

"Ich bin mehr denn je von der Richtigkeit meines Standpunktes überzeugt, daß es drei Möglichkeiten gibt, nämlich die beste, die zweitbeste und die schlechteste Politik, unsere Probleme zu lösen:

Die erste besteht in einer sorgfältigen Eliminierung aller bestehenden Hindernisse, einschließlich des geheiligten Etiketts (Herrschaft der Partei), selbst auf das Risiko hin, daß die Befürworter ihre Macht verlieren. Brauchen wir noch die Führung durch die Partei? Eigentlich könnte es uns egal sein, aber, soweit ich sehen kann, würde niemand eine derart sorgfältige Art, die Dinge zu handhaben, akzeptieren. Also laßt uns nicht mehr darüber sprechen.

Obgleich die zweite (Lösung) nicht dazu führt, die Dinge so sorgfältig zu lösen, kann sie zumindest die gegenwärtige Situation bis zu einem gewissen Maß verbessern. Wir nehmen eine weitreichende Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen vor und führen kleinere Operationen im politischen Gebäude durch, ohne es abzureißen. Gegenwärtig dürfte diese Politik aller Wahrscheinlichkeit nach für die Mehrheit des Volkes akzeptabel sein und schnelle Ergebnisse bringen.

Die dritte (Lösung) liegt darin, den Status quo aufrechtzuerhalten. Einerseits sollten wir die Medikamente nicht gedankenlos in der bloßen Hoffnung verschreiben, unsere Krankheit zu heilen, aber andererseits wären wir nicht in der Lage, etwas anderes zu tun, als örtliche Behandlungen anzuwenden, um den Schmerz zu verringern und nur solche Heilmöglichkeiten zu nutzen, die (unter diesen Umständen) vorhanden sind.

Ich sage nicht, daß es in acht oder zehn Jahren keine Schwierigkeiten geben würde, aber für die nächsten drei bis fünf Jahre könnten wir nach vorne blicken. Was danach passiert, so fürchte ich, es liegt jenseits unserer Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun."<sup>22</sup>

#### Anmerkungen

- 1) Chen Yun, "Speech at the Central Committee Work Conference", in: Issues & Studies, Taibei, April 1980, S.86-87.
- 2) Xue Lilun, Nr.3, 1988, S.8-10.
- 3) Lucian W. Pye, "On Chinese Pragmatism", in: The China Quarterly, Nr.106, Juni 1986, S.211-212.
- 4) Zhang Dainian, "Wenshi zhishi", Kenntnisse aus Kultur und Geschichte, Nr.1, 1987, entnommen aus: China heute, Monumenta Serica, Jg.VI, Nr.2, 1987, S.13-19.
- 5) "Let the whole people rise up to realize the great rejuvenation of the Chinese nation", in: RMRB, 24.Nov. 1987, entnommen aus: BBC, SWB, 26.Nov. 1987.
- 6) "Der Schlüssel liegt im vereinheitlichenden Denken", in: Xuexi, Nr.1, 1988, entnommen aus: BBC, SWB, 12.Dez. 1988.
- 7) Ebenda.
- 8) "China's Economic Returns from an International Comperative View", in: Wenhuibao, 11.-12.Nov. 1988, entnommen aus: Inside Mainland China, Taibei, Nr.12, 1988.
- 9) Guan Mengjue, "Das Wirtschaftsdanken des Genossen Chen Yun" (Chen Yun tongzhi de jingji sixiang), Shanghai, 1984, S.27.
- 10) Luo Bing, "Der Disput zwischen der Versammlung der Parteivertreter und Chen Yun" (Dang daihui yu Chen Yun shezhan), in: Zhengming, Hongkong, Okt. 1985, S.9.
- 11) "Face Boldly Towards the Outside, Do Not Miss the Opportunity", in: Ban Yuetan, Nr.5, 1988, S.19-22, entnommen aus: Inside Mainland China, Taibei, Nr.7, 1988.
- 12) Siehe Anmerkung 5.
- 13) Liu Guoguang, "Probleme der Reform des Wirtschaftsverwaltungssystems Chinas" (Zhongguo de jingji guanli tizhi gaige wenti), in:

Seminar zur Wirtschaft Chinas in den 80er Jahren (Bashi niandai Zhongguo jingji yantaohui), Hongkong, 1981.

- 14) Ebenda.
- 15) Asian Wall Street Journal, 28.-29.Okt. 1988.
- 16) "China Shifts Priorities on Economic Reform", International Herald Tribune, 13.März 1987.
- 17) "Discussion of Ten Negative Social Attitudes that Hamper Reforms", Radio Beijing, 28.Jan. 1988, entnommen aus: Inside Mainland China, Taibei, April 1988.
- 18) "A View of the Strategic Measures Taken in Economically Underdeveloped Areas in the Reform of the Political System", in: Hongqi, Nr.6, 1988, S.18-20, entnommen aus: Inside Mainland China, Taibei, Nr.7, 1988.
- 19) Panglaykim, "The Japanese Economic Strategy", in: The Indonesian Quarterly, Nr.2, 1983, S.76-98.
- 20) Siehe Anmerkung 18.
- 21) Hu Qiaomu, "Nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorgehen, die vier Modernisierungen schneller verwirklichen", in: Beijing Rundschau, Nr.45, 1978.
- 22) Siehe Anmerkung 1.